

KURZ UND PRÄGNANT

Im Spiegel der Presse

Ostthüringer Zeitung (OTZ):

Nach einer fulminanten, teils ins Theaterfach wechselnden Rede schnappt sich Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow einen Leibnitz-Ordner und legt ihn Christine Lieberknecht aufs Pult. Die Ministerpräsidentin rührt sich nicht, als fürchte sie Kontaktgift. Ihr Staatskanzleichef Jürgen Gnauck (CDU) eilt herbei und trägt die Ordner zurück an Ramelows Sitzplatz. Er wirft dem Oppositionsführer „politischen Klamauk“ vor. Auch wenn die Szene gestern im Landtag so wirkte: Klamauk war sie nicht.

Freies Wort (FW):

Statt sich mit dem Thema zu befassen, lässt Gnauck nun durch die Staatsanwaltschaft jenen Unbekannten jagen, der den Vertrag in die Öffentlichkeit brachte (...) Dass die Mächtigen Thüringens damit schließlich beweisen, dass sie überhaupt nicht verstehen, wie wichtig mutige Whistleblower in diesen Tagen sind und warum es sie gibt, markiert den Tiefpunkt der Debatte um den Kalivertrag.

Thüringer Allgemeine (TA):

Das gab es in der Geschichte Thüringens noch nie. Der Landtag beschließt auf einer eigens einberufenen Sondersitzung einstimmig, einen Sachverhalt aufklären zu wollen – und die Regierung verweigert sich (...) So erfüllt die Ministerpräsidentin wenigstens zwei Klischees, die es über Politiker gibt: 1. Die Landes-Chefin gestaltet vor den nahenden Wahlen nicht mehr. Sie verwaltet nur noch. Und auch dies geschieht eher schlecht als recht. 2. Die Interessen der normalen Bürger zählen nicht. Stattdessen beugt sich die Landesregierung devot einem Konzern. Man könnte ja dessen Interessen schädigen.... Die Realitäten sind andere. Es gibt schlichtweg nichts mehr zu schützen. Der Geheimvertrag ist nicht mehr geheim – sondern dem Landtag frei zugänglich. Nur die Ministerpräsidentin, sie verschließt die Augen.

Thüringische Landeszeitung (TLZ): „Wir sind überrascht, dass alle Fraktionen die Forderungen von Bodo Ramelow im Großen und Ganzen mittragen“, so Gerhard Jüttemann. Also sei der Landtag davon überzeugt, dass die Schließung ostdeutscher Kaliwerke zugunsten der westdeutschen Standorte ein Unrecht gewesen sei, schlussfolgert Jüttemann. Thüringen hätte damals die Kali-Fusion so nicht zulassen dürfen, der Landtag hätte die Sache nicht einfach durchwinken dürfen. So seien nicht nur Kalikumpel in Thüringen um ihre Arbeitsplätze betrogen, sondern auch der Freistaat über den Tisch gezogen worden. ■

„Es muss für Klarheit gesorgt werden“

Gerhard Jüttemann: „Unser Kampf war gerechtfertigt. Wir sind betrogen worden“

Als „eine Lizenz zum Gelddrukken“ für den Konzern Kali+Salz hatte Bodo Ramelow bereits auf einer kurzfristig anberaumten und unter großem Medieninteresse stattgefundenen Pressekonferenz am 18. März den so genannten „Kali-Geheimvertrag“ genannt. Eine Dokumentensammlung einschließlich des mutmaßlichen Vertrages war der Linksfraktion am Vortrag anonym zugespielt worden – Absender: „Herr Dossier“, wohnhaft in der Archivstraße in Hannover.

Wenn der Geheimvertrag wirklich seit Jahren der Landesregierung vorliege – und darauf deute die Dokumentensammlung hin – dann sei „das Parlament 20 Jahre lang belogen worden“. Ziel der Fraktion DIE LINKE sei, so Ramelow mit Blick auf die Sondersitzung des Landtages, „dass das Parlament alle Informationen erhält, um die Kali-Altlastenregelung juristisch bewerten zu können“.

Zu Beginn der Sondersitzung am 19. März hatte Bodo Ramelow ehemalige Kali-Kumpel von Bischofferode auf der Zuschauertribüne begrüßt: „...den Bürgermeister von Menteroda, Gerhard Jüttemann und die Kollegen, die betroffen sind von dem, was wir heute hier zu diskutieren haben. Und es ist mir eine besondere Freude, auch

Herrn Peine heute hier begrüßen zu können“. Das Foto entstand nach der Sitzung, die die Kali-Kumpel und Johannes Peine – jener Unternehmer, der damals das Kali-Werk übernehmen wollte und dann in den Ruin getrieben wurde – gespannt verfolgt hatten und zu dessen Verlauf Gerhard Jüttemann sagte:



„Unser Kampf war gerechtfertigt. Wir sind betrogen worden.“

Bodo Ramelow hatte in seiner Begründung zur Sondersitzung im Landtag auf die „jähle Wende“ am 17. März verwiesen, dem Tag, an dem die Landtagsfraktionen „mit einem Material versehen wurden, wo ein 62-seitiger

Kali-Fusionsvertrag beigeheftet ist“. Die Linksfraktion wolle nun geprüft haben, „ob irgendetwas von diesem Material in den Ministerien vorliegt, wenn ja, wo?“ Der Fraktionschef betonte: „Darüber muss heute geredet werden und, liebe Frau Ministerpräsidentin, für Klarheit gesorgt werden, denn es geht nicht darum, ob Kali+Salz noch irgendwelche Geheimverträge offenlegt, sondern

es geht um die Frage, ob das Parlament endlich in die Lage versetzt wird, seine originären Aufgaben eigenständig zu erfüllen. Und dafür muss die Transparenz jetzt endlich geschaffen werden.“

Die LINKE hatte zur Landtagssondersitzung einen Entschließungsantrag

vorgelegt, dessen Überweisung zur weiteren Bearbeitung in die Fachausschüsse des Landtags alle Fraktionen zustimmten. Zudem soll dem Landtag in einer der Plenarsitzungen im Mai umfassend Bericht erstattet werden „über die Einschätzung der Landesregierung – ggf. auch unterschiedliche Positionen der Ministerien – zu den Vertragsunterlagen und zur Frage, inwiefern nach Auffassung der Landesregierung der Freistaat in Zukunft noch verpflichtet ist, für die Altlastenfreistellung – derzeit zugunsten von K+S – aufzukommen; in diesem Zusammenhang soll die Landesregierung auch auf etwaige Schadensabwendungspflichten und die Pflicht zum korrekten und wirtschaftlichen Umgang mit Mitteln des Landeshaushalts eingehen“. ■

„Vernichtung eines Industriestandortes“

„Die freie Marktwirtschaft hat sich von den Kalikumpeln aus Bischofferode befreit“, schreibt der Journalist Michael Jürgs 1997 in seinem Buch „Die Treuhändler – Wie Helden und Halunken die DDR verkauften“. Und kurz darauf, etwas konkreter: Die Schließung der Kaligrube Bischofferode sei „ein durchsichtiges Manöver von undurchsichtigen Herren“ gewesen – eine „politische Dummheit“ und angesichts der parallelen Sanierung westdeutscher Konkurrenten aus Steuermitteln auch „unverschämte“.

Bei den Ereignissen um Bischofferode handelte es sich, wie die Thüringische Landeszeitung (TLZ) 2010 anmerkte, um „die Vernichtung eines Industriestandortes“ – zu Gunsten eines westdeutschen Monopolisten, Tochterunternehmen der BASF. Die Schatten dieser Affäre erreichen in Form des

mutmaßlichen geheimen Kali-Fusionsvertrages, inzwischen auf der Homepage der TLZ nachzulesen, die aktuelle Landespolitik. Die Landesregierung weigert sich, das jetzt aufgetauchte Papier auf seine Authentizität zu prüfen – ja überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Warum? Der Verdacht steht im Raum, dass sie und ihre Vorgängerregierungen den Vertrag entgegen anderslautender Beteuerungen seit Jahren kannten und archiviert hatten.

Das würde bedeuten, dass das Landesparlament jahrelang belogen wurde. War der berühmt gewordene Ausspruch von Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), in Bischofferode habe er „die kalte Fratze des Kapitalismus gesehen“, nur kühl kalkulierte Heuchelei? Es geht um viel Geld. Zahlt das Land Thüringen im Ergebnis eines Vertrages, der vielleicht sittenwidrig ist,

bis zu zwei Milliarden Euro? Immer mit-tendrin, im Zentrum der politischen Macht: Christine Lieberknecht (CDU). Sie war von 1992 bis 1994 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten (dann bis 1999 Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei), seit 2009 ist sie Ministerpräsidentin.

Kontakte zur Treuhand, gehörte das zu den „Bundesangelegenheiten“? Schon im Juni 1993 hatte der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Michael Gerstenberger, kritisiert, „die Hinhaltetaktik“ und „Hilflosigkeit“ der Landesregierung (seinerzeit eine Koalition aus CDU und FDP) sei ein Skandal. Sei sie, so fragte Gerstenberger, „gelinkt“ oder „nicht willens, den Ernst der Lage zu erkennen“?

Stefan Wogawa ■